

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages. Bezugspreis: 1. bis 15. September 1500 000 M. Einzelne Nummern 150 000 M. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21293 - Schriftleitung Nr. 14574 Postfachkonto Dresden Nr. 2486 Stadtdirektion Dresden Nr. 140

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anschlagungs- teil 400 000 M., die 66 mm breite Grundzeile od. deren Raum im amtlichen Teile 800 000 M., unter Eingelands 1 000 000 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen. Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsgüter und der Landeshallrentenkasse, Jahresbericht und Rechnungsabrechnung der Landes-Brandversicherungsanstalt Verkaufsstelle von Holzplanen auf den Staatsforstrevieren. Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 214

Dresden, Donnerstag, 13. September

1923

Dr. Stresemanns Innen- und Außenpolitik.

Beseitigung von Steuerhärten — Für größere Arbeitsintensität — Gegen den Achtstundentag? — Ohne Lösung des Ruhrkonflikts keine Befundung! — Reichs- und Privatbesitz als Pfandrecht — Verständigung ist notwendig!

Berlin, 12. Septemb.

In der Presseabteilung der Reichsregierung ist heute abend auf Einladung ihres Leiters, des Ministerialdirektors Kalle, ein Empfang der Presse statt, zu dem der Reichskanzler, die Reichsminister und eine große Anzahl hervorragender Regierungspersonlichkeiten erschienen waren. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Reichskanzlers, Ministerialdirektors Kalle, ergriff der Reichskanzler Dr. Stresemann das Wort zu einer längeren Rede, in der er u. a. ausführte: Was ich über den allgemeinen Stand der Dinge zu sagen habe, das habe ich vor Kurzem im Anschluß eines Besuchs in Stuttgart zum Ausdruck gebracht. Ich kann bezüglich der allgemeinen Sachlage nur auf das damals Gesagte zurückkommen.

Wenn wir gegenwärtig die Lage betrachten, so bietet sie ein Bild äußerster Spannung, auch im Innern. Unsere Finanzen sind in einer schlimmen Verfassung. Die Wirtschaft läßt die Folgen der Abwärtsentwicklung der Ruhr und der damit verbundenen überhöhten Preis- und Lohnpolitik. Ohne Opfer sind diese Fragen nicht zu lösen.

Ein Opfer für das Reich waren die Steuern. Die bayerische Staatsregierung hat an die Reichsregierung den Wunsch gerichtet, daß in eine Prüfung über Erleichterungen, die auf diesem Gebiete zu gewähren seien, eingeleitet werde. Diesem Wunsch werden wir willfährig sein. An die Finanzämter sind bereits Anweisungen ergangen, nicht erträglich Härten zu beilegen.

Stundungen und eventuelle Nachlässe, namentlich für Leute kleiner Vermögens- und Einkommensverhältnisse, zu schaffen. Die Wirkung der Steuern wird dauernd überwacht. Wo Abgaben unabweisbar sind, wird eingegriffen werden, aber wenn das auch geschieht, so muß man sich darüber klar sein.

Wir müssen dem Staate geben, was des Staates ist. Gehört muß, wenn auf diesem Gebiete stark eingegriffen wird — und bei der Regelung der außenpolitischen Fragen wird auch weit stärker in den Besitz und die Wirtschaft eingegriffen werden müssen —, auch gefordert werden, daß die Arbeitsleistung gesteigert wird. Das betrifft sowohl die Frage der Arbeitsintensität wie auch die Frage der Arbeitszeit.

Das Kabinett wird sich in den nächsten Tagen wieder mit der Frage beschäftigen, wie eine Erhöhung der bergbaulichen Produktion im nächsten Deutschland zu ermöglichen ist. Es ist nicht zu erwarten, wenn in 17 Schächten der Steinkohlenbergbau im unbesetzten Gebiet die Förderung eminent zurückgeht, obwohl der Bergbau, wie wir brauchen, es ist niemand berechtigt, den Staat durch Unterleistung in dieser Weise zu schädigen. Die Opfer, die das Reich vom außenpolitischen Gesichtspunkte unserer Schutzwirtschaft aus in der Zukunft verlangen muß, können erst recht nicht ohne eine vollständige Produktionssteigerung geleistet werden.

Die Regierung wird den Wünschen der exportierenden Kreise in bezug auf Erleichterung der Zuzugssteuer und der Ausfuhrabgabe weit entgegenkommen, aber entscheidend ist und bleibt für unsere Zukunft die Wirtschaftserhaltung der Konsumkraft im Innern, und nach dieser Richtung kann die Lohnpolitik, kann die Frage der Arbeitsintensität auch nicht unabhängig von der Preispolitik betrachtet werden.

Ich glaube annehmen zu können, daß innerhalb der nächsten beiden Wochen die Frage des wertbeständigen Geldes gelöst sein wird.

Was falsch wäre es, diese Maßnahmen so anzufassen, als wenn die Reichsregierung um die Mark als solche angehen würde. Die Mark muß Zahlungsmittel bleiben, und die ganzen Maßnahmen, die hier erfolgen, gehen von dem Gesichtspunkte aus, dadurch auch irgendeiner Stabilisierung der Mark wiederherzustellen, und sie gehen nicht etwa davon aus, den einzelnen zu veranlassen, nun seinerseits die Mark zurückzuführen und sich nur auf neue wertbeständige Zahlungsmittel einzustellen.

Aber auch politische Mittel, sowohl Hemmung des Verkehrs der Währung wie die Errichtung einer Goldnotenbank, bringen diese Frage nicht zur Lösung. Offenheit ist besser als Illusion, und deshalb wollen wir es offen aussprechen: Ohne Lösung des außenpolitischen Konflikts ist die Finanzfrage nicht in Ordnung zu bringen.

Der Verkehr der Mark nicht aufzuhalten, eine wirtschaftliche Verbindung nicht herbeizuführen. Die Regierung hat sich vom ersten Tage des Krisenbeginns an die Lösung des Ruhrkonflikts zur Aufgabe gestellt. Es war klar, daß diese Lösung nicht allein durch die Fortsetzung des gegenwärtigen Erfolges erfolgen konnte. Nach politisch, wie ein führendes reichsrepublikanisches Blatt es darstellt, war die Frage nicht zu regeln. Auch der ehemalige Reichskanzler Dr. Cuno hat, wie er wiederholt besichtigt hat, niemals davon gesprochen, daß Verhandlungen über die Reparationsfrage erst nach Klärung des Ruhrkonflikts erfolgen sollten. Die Reichsregierung würde sich das größte Verdienst erwerben, wenn sie den Ruhrkonflikt soweit als möglich abklären könnte. Aber die bisherige Fühlungsnahme zeigt zugleich

die bestehenden Schwierigkeiten.

Sie und ist entscheidend die Frage der Souveränität über das Rheinland und die Wiedergewinnung der Freiheit des Ruhrgebietes, ohne Preisgabe deutscher Hoheitsrechte, ohne Preisgabe eines unbestimmten deutschen Bodens. Dafür sind wir bereit, reale Garantien zu geben. Der französische Ministerpräsident hat kürzlich in einer Rede ausgeführt, er würde die positiven Sicherheiten, die Frankreich in der Hand habe, den höchsten theoretischen Wertes vor. Er beschließt nicht, Pfänder gegen allgemeine Garantien auszuwählen, und er hat weiter betont, daß die Garantien, die ich in Vorschlag gebracht hätte, zu den Hypotheken gehörten, die der Versailer Vertrag den Alliierten auf den gesamten Besitz des Reiches und der Länder gab.

Diese Auffassung des französischen Ministerpräsidenten muß ich als irrtümlich bezeichnen. Nach dem Versailer Vertrag hätte für die Verbindlichkeiten Deutschlands das Vermögen des Reiches und der Länder. Was ich in meinen Darlegungen vorgeschlagen habe, betraf die unmittelbare Pfandnahme des Privatbesitzes und geht deshalb in diesem Punkte über den Versailer Vertrag hinaus. Ebenso ist aber diese

Veranziehung des Privatbesitzes ein realisierbares Pfand, während die Sicherheiten des Versailer Vertrags dies bezweifeln.

Wenn nun Reichsbesitz und Privatbesitz der Wirtschaft als Pfandrecht an erster Stelle Hypotheken zugunsten des Reiches eingetragen werden, und zwar in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes dieses Besitzes, so könnten diese Hypotheken als

reales und mobiles Wertobjekt in eine Trennungsgesellschaft eingebracht werden, an deren Verwaltung die Reparationsgläubiger beteiligt werden könnten. Die Zinsen aus den Hypotheken würden der Trennungsgesellschaft zustehen. Diese wäre in der Lage, auf Grund der Hypotheken und der Zinsereträge durch Ausgabe von Obligationen Kautelen auszunehmen. Dadurch würde die Möglichkeit gegeben, auch Frankreich sofort in den Besitz größerer Zahlungen zu setzen, ebenso wie die Zinszahlungen in angemessener Zeit fließend zu machen wären.

Eine derartige Leistung ist sicherlich kein theoretisches Recht und keine allgemeine Garantie, sondern eine reale Tatsache.

Sie ist frei von jeder Zweideutigkeit. Sie kann Frankreich in den Besitz von Zahlungen setzen, wodurch die von französischer Seite aufgestellten Forderungen für die Klärung des Ruhrgebietes erfüllt wären. Sie bedingt zu ihrer Verwirklichung die Wiederverfassung Deutschlands aber das Ruhrgebiet und die Wiederherstellung seiner Souveränität über das Rheinland. Sie ist geeignet, die Frage des passiven Widerstandes zu erledigen.

Wenn man um die Sicherheit dafür gibt, daß auf Grund einer solchen Vereinbarung das Ruhrgebiet geräumt wird und im Rheinland die alten Rechte wiederhergestellt werden. Gibt man um die Sicherheit, daß jeder, der Rhein und Ruhr seine Heimat nennt, frei der Heimat wiedergegeben wird, so besteht kein Grund mehr dagegen, dieses große, einfließende Wirtschaftsgelände seiner alten Arbeitsfruchtbarkeit wieder zurückzugeben.

Ich hoffe auf die Möglichkeit eines solchen Abreglung. Für uns ist die Frage, ob die deutsche Wirtschaft die ihr zugemutete Belastung zu tragen können. Wir wissen, in welcher schweren Zeit wir uns befinden, aber ich darf mit Bestimmtheit darauf hinweisen, daß dem gegenwärtigen Kabinett von führenden Persönlichkeiten der Wirtschaft Leistungen angeboten worden sind in der Höhe, die uns die Ausführung der heute von mir vorgeschlagenen Zahlungen ermöglichen wird.

Wenn es um die Entscheidung geht zwischen Freiheit des Landes oder Besitz des einzelnen, so müssen wir hoffen, daß die deutsche Wirtschaft sich nicht niedriger einschätzt als jene ostpreussische Landschaft, die einst durch Aufgabe ihrer Abgabe als Pfand für den Staat Preußen die Abtragung eines großen Kriegsschuldendienstes ermöglichte und die hundert Jahre gebraucht hat, um diese Verbindlichkeit zu amortisieren, dafür aber auch ein leuchtendes Beispiel väterlicher Pflichterfüllung gegeben hat.

Jegliche Verständigung ist allerdings davon abhängig, ob man glaubt, daß eine Stimmung zwischen Frankreich und Deutschland geschaffen werden kann, auf der sich eine solche Verständigung aufbauen läßt. Ob sie möglich ist, ist eine Frage, die ich nur vom deutschen Standpunkte beantworten kann. Jedenfalls ist sie notwendig.

Der französische Ministerpräsident hat in seiner letzten Rede hingewiesen auf die Art und Weise, in der einst nach dem Frieden 1871/72 die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland wieder geregelt worden sind, und er hat mir empfohlen, die Korrespondenz zwischen Flandern und dem Grafen Saint-Vallier mit dem Generalkonsul in M. Rauteffel nachzulesen, um daraus Folgerungen für die deutsche Einstellung gegenüber dem Frankreich der Gegenwart zu ziehen. Mir ist diese Korrespondenz wohl bekannt, und ich darf darauf hinweisen, daß gerade diese Korrespondenz

davon zeugt, daß Deutschland als okkupierende Macht nach einem gewonnenen Kriege sich sehr wohl bemüht hat, daß zum friedlichen Nebeneinanderwohnen von Nationen auch die Schonung berechtigter Empfindlichkeiten im Verkehr der Nationen notwendig ist. Die Art der Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen zwei Nationen nach einem furchtbaren Krieg; tritt vielleicht noch mehr als in diesem Briefwechsel in den Memoiren des ersten Botschafters der französischen Republik in Berlin de Montan Biron zutage, der fortgesetzt in der Lage ist, darüber zu berichten, wie sehr Deutschland sich bemühte, der Periode des Krieges die Ära des Friedens folgen zu lassen.

Wenn heute unter anderen Umständen Deutschland, das bereit ist, die Folgerungen aus einem verlorenen Kriege auf sich zu nehmen, das Frankreich der Gegenwart gegenübersteht, so möchte ich wünschen, daß auch diejenigen Persönlichkeiten, in deren Hand heute mehr als das Geschick Frankreichs liegt, von deren Entschlossenheit die Ruhe und Befriedigung Europas abhängt, sich von dem Gesichtspunkte leiten lassen mögen, daß es auch jetzt gilt, den Frieden zu erhalten durch eine Politik der Gerechtigkeit, die geeignet ist, nationale Leidenschaften zu beschwichtigen und damit die Garantie für den wirklichen Frieden zu geben.

Pressestimmen zur Kanzlerrede.

Berlin, 13. September. Die Rede Dr. Stresemanns wird von der Berliner Presse der Regierungsparteien gütlich aufgenommen. Das „Berliner Tageblatt“ äußert sich: Ob durch die bedeutsame Rede die Unterhaltung zwischen Paris und Berlin einen wesentlichen Schritt weitergeführt sein wird, muß abgewartet werden. Eine Grundfrage für weitere Schritte ist, wenn man in Paris nur einigermaßen die Verständigung will, jedenfalls gegeben. Der „Vorwärts“ behandelt einige Partien der Kanzlerrede, wie zum Beispiel die über den Achtstundentag — Bemerkungen, die nicht ohne schärfste Kritik bleiben werden —, in der nachstehenden vorsichtigen Form:

„Man wird dem Reichskanzler das Zeugnis nicht versagen können, daß er ein bornenvolles Problem mit Mut angepaßt hat. Er hat sich dabei von überheblichem Ehrgefühl, zu dem wahrlich nicht der allgeringste Anlaß besteht, ebenso ferngehalten wie von Selbstlosigkeit. Die Haltung der Reichsregierung in der Ruhr- und Reparationsfrage wird, abgesehen von kleinen Splittern ganz recht und ganz links.

von dem gesamten deutschen Volke gebilligt und unterstützt werden.
 Daß die Lösung der außerpolitischen Fragen auch den Massen der arbeitenden Bevölkerung schwere Lasten auferlegt, ist nicht zu vermeiden. Ihre Vertreter in der Regierung werden aber dafür zu sorgen haben, daß ein erträglicher Maß gewahrt bleibt. Die Steigerung der Produktion innerhalb des zur Erhaltung der Volksgesundheit notwendigen Rhythmus wird als notwendigste Aufgabe angesehen. Erhöhungen der Löhne über das Friedensniveau hinaus müssen bei den heftigen Saltschwankungen gelegentlich vorkommen sein, sie werden aber durch sie sehr rasch wieder ausgeglichen, ja in ihr Gegenteil verandelt. Auch Herr Dr. Stresemann, der die Notwendigkeit der Ausbreitung des inneren Marktes anerkannt hat, wird gewiß nicht glauben, daß durch Überarbeit und Unterernährung gesicherte Zustände nach innen und außen geschaffen werden können. Wo solche Tendenzen dennoch zulage treten sollten, wird es die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, ihnen entgegenzutreten."

Die letzte Phase.

Paris, 12. September.

Die Behauptung der Meldung, daß der Reichskanzler Unterredungen mit den Botschaftern Frankreichs und Belgiens in Berlin gehabt hat, wird in der ganzen französischen Presse als eine Entzündung der „letzten Phase“ im Ruhrkonflikt betrachtet. Der Mitteilung des Comte d'Orsay, die den Eindruck dieser Nachricht abschwächen und noch einmal den „unbegreiflichen Willen“ der französischen Regierung feststellen will, legt niemand mehr als diplomatische Bedeutung bei. Sogar der „Matin“ schreibt heute: „Wenn gesagt wird, daß die Unterhaltungen in Berlin nur ein Gehörmaß allgemeiner Charakter seien, so ist das diplomatischer Stil. Der Austausch von Meinungen mag allgemein gewesen sein, aber er ist wesentlich für die weitere Entwicklung.“

Die nationalistische Presse ist darüber, teils in der Hoffnung zu machen und durch eine energische Kampfkampfung alle Ziele Frankreichs durchzusetzen. „Die Stunde der Entscheidung schlägt“, schreibt Berlin im „Echo de Paris“. „Wir müssen bereit sein, sie für uns auszunutzen. In den Hauptpunkten sind wir uns über unsere Wünsche klar. Wir wollen ein produktives Reparationsverfahren auf breiter Basis schaffen, das in sozialen Sicherheiten verankert ist, die wir im Besitz haben. Wir wollen die Artikel 42 bis 44 des Vertrages lebendig machen und die dauernde Entmilitarisierung des linken Rheinuferes und der 50-Kilometer-Zone auf dem rechten Ufer verlangen. Wir wollen hoffen, daß Poincaré nicht die Fehler von 1919 wiederholt.“

Sehr auffallend ist der gemilderte Ton einiger Blätter, die ihre Information von Poincaré zu erhalten pflegen. Der „Matin“ schreibt: „Es ist notwendig, daß die Verhandlungen nicht von einem Mißverständnis ausgehen. Stresemann hält es für schwierig, Anordnungen der früheren Regierung zur Organisation des passiven Widerstandes zurückzusetzen, wenn er nicht gleichzeitig die Versicherung geben kann, daß jetzt eine Unterhaltung möglich geworden ist, die zu praktischen Ergebnissen führen kann. Aus dem gleichen Grunde ärgert er auch

dunkel, einen neuen Botschafter in Paris zu ernennen. Es wird notwendig sein, daß Stresemann sich mit diesem Gedanken abfinde. Wie Poincaré oft gesagt hat, ist es unmöglich, aber die Durchführung des Vertrages mit einer Regierung zu verhandeln, die Sondergesetze erlassen hat, um den Vertrag zu erschweren. Hier liegt die größte Schwierigkeit für die Verhandlungen. Wir sind nicht in einer Sackgasse, aber es ist nicht leicht, aber dieses Hindernis hinwegzunehmen. So geschickt auch der Kanzler Stresemann sein mag, er kann nicht der französischen Republik die unerlässliche Unterstützung geben, den Widerstand einzustellen, und gleichzeitig bei seinen Gegnern auf der rechten den Eindruck erwecken, daß er mit Frankreich verhandelt, ohne der Politik Genuß zu widerstreben. Aber es scheint, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden sollen, und daß der Kanzler durch eine neue Rede die Stimmung in Deutschland lenken will.“ Auch der „Petit Parisien“ hält die Ernennung eines neuen Botschafters für wichtig, weil diese Ernennung ein Zeichen wäre, daß Deutschland auf seine intrinsigente Haltung verzichten wolle. In dem gleichen Blatt wird auch eine Mitteilung aus Brüssel über die Berliner Unterredung veröffentlicht, die interessant ist. Hier wird gesagt, was noch in seiner französischen Zeitung zugegeben worden ist, daß die Unterhaltungen des Kanzlers mit dem belgischen Botschafter de la Halle in bestrebiger Weise weitergehen.“ Aus diesem Jugendschluß darf man schließen, daß wenigstens in Belgien der lebhafteste Wunsch besteht, die Ruhrproportion bald in einer auch für Deutschland annehmbaren Art zu beenden.

Daß Deutschland bereit ist, für seine Befreiung aus wirtschaftlichem und politischem Druck große Opfer zu bringen, scheint jetzt auch die öffentliche Meinung Frankreichs zu erkennen. So wäre eine gefährliche Politik, die Verhandlungsbereitschaft des Kanzlers durch demütigende Bedingungen zu erschweren. Auch in Frankreich würde die Enttäuschung groß sein, wenn sich die Hoffnung auf Entspannung nicht erfüllen sollte. Das „Echo de Paris“ teilt mit, daß Herr Pagnonin aus Berlin nach Paris abgereist ist, um dem Ministerpräsidenten über die Unterhaltungen zwischen dem Reichskanzler und dem Botschafter de Margerie Bericht zu erstatten. Ein amerikanisches Blatt will erfahren haben, daß ein Vertrauter Stresemanns bereit sei, der vergangenen Woche in Paris weilte, um ohne offiziellen Auftrag die Stimmung zu sondieren und den Kanzler persönlich über seine Beobachtungen zu informieren.

Optimismus in offiziellen Kreisen. Der „Temps“ gegen die deutschen Industriellen.

Paris, 12. September.

Der „Antoinette“ teilt mit, daß Baldwin am Freitag, 21. September, auf der Rückreise nach England in Paris eintraf und am gleichen Tage eine Zusammenkunft mit Poincaré haben werde. Der englische, Premierminister denke zwei Tage in Paris zu bleiben. In politischen Kreisen sei man der Überzeugung, daß vor dem Tage der Begegnung die Verhandlungen der französischen und der belgischen Regierung mit Deutsch-

land bereits begonnen hätten. Aus diesem Grunde werde der bevorstehenden Aussprache eine besondere Wichtigkeit beigemessen.
 Im „Temps“ ist im Gegenzug zu den gestern ausgesprochenen optimistischen Erwartungen, heute das Bestreben zu erkennen, die Hoffnungen auf eine schnelle Liquidation des Ruhrkonflikts einzuschränken. „Der Mißerfolg, den die Politik des Widerstandes erlitten hat, darf nicht abgelehnt werden. Die Männer, die diesen Widerstand herbeigeführt haben, dürfen nicht mit erhobenem Haupte umhergehen, bereit, ihre Operationen noch einmal zu beginnen.“ Man brauche nicht auf das patriotische Empfinden der deutschen Industriellen Rücksicht zu nehmen, die auf ihre eigenen Landsleute so wenig Rücksicht genommen hätten. Die Deutschen, denen es am besten ginge, bereicherten sich am Rußland ihres Vaterlandes.

Das gleiche Blatt gibt aber unter seinen letzten Nachrichten eine Information aus Brüssel wieder, die ganz anders lautet. Hier wird erzählt, daß der belgische Botschafter in Berlin einen ausführlichen Bericht über seine Unterhaltung mit dem Kanzler nach Brüssel geschickt habe. Am Dienstagabend habe der französische Botschafter Herbet eine lange Unterredung mit dem belgischen Minister des Auswärtigen gehabt, über deren Inhalt nichts zu erfahren sei. In offiziellen Kreisen sei man optimistisch. Man sage, daß zunächst der passive Widerstand aufhören müsse, glaube aber, daß der Kanzler die Möglichkeit finden werde, in irgendeiner Art seinen guten Willen zu zeigen, vielleicht durch den Wiederbeginn der Kohlenlieferungen.“

„Journal des Debats“ schreibt: „Wir haben das größte Interesse daran, nichts zu tun, was die Verhandlungen erschweren könnte. Wir müssen dem Kanzler helfen, soweit wir das tun können, ohne auf unsere wesentlichen Rechte zu verzichten. Die Leute, die sich Vorteile für Frankreich von einem deutschen Chaos versprechen, sind im Irrtum.“

Gegen „Poincarismus“ und übertriebene Forderungen. Stresemann darf Entgegenkommen beanspruchen.

Paris, 12. September.

Während die meisten französischen Zeitungen mit großen Erwartungen von der Einstellung des passiven Widerstandes sprechen, beginnen einige ruhig denkende Politiker sich die Folgen zu überlegen: eine deutsche Kapitulation für Frankreich haben könnte.

Die Sozialisten und ein großer Teil der Radikalen halten es für die Pflicht der französischen Regierung, dem aufrichtigen Friedenswunsch des Kanzlers Stresemann durch Zugeständnisse entgegenzukommen. Es muß verhindert werden, daß eine reaktionäre oder kommunistische Krise in Deutschland die Verhandlungen, welche die deutsche Regierung unter schweren Opfern zu erreichen vermag, unmöglich mache.

Aber auch Politiker, die bisher entschieden für die Kapitulation eingetreten sind, äußern plötzlich Bedenken gegen die übertriebenen Forderungen, zu denen die Anhänger des „Poincarismus“ — das Wort ist nicht

von der „Humanität“, sondern von „Gewalt“ geprägt — den Ministerpräsidenten drängen. Philippe Millet, der, nach manchen Schwanungen, die Ruhrpolitik kräftig unterstützt hat, warnt heute im „Paris Midi“ vor dem Glauben, daß Deutschland bedingungslos kapitulieren wolle. Selbst wenn der finanzielle und wirtschaftliche Zustand die Einstellung des Widerstandes erzwingen könnte, was noch nicht vollkommen sicher ist, so sei die unmittelbare Folge für Frankreich nicht sehr erfreulich. Die Deutschen könnten zum Beispiel die materielle Unterstützung des passiven Widerstandes aufheben und das ganze besetzte Gebiet

der Sorge der Alliierten überlassen. Was sollte dann geschehen, wenn Frankreich und Belgien für den Lebensunterhalt der ganzen Bevölkerung und für die Organisation der Arbeit einsehen müßten? Es ist leider nicht sicher, gefehlt Millet zu, daß wir dieser Verantwortlichkeit gewachsen sind.“ Auch im „Echo National“, das zwar nicht gegen die Richtung des Ruhrgebietes, aber gegen Poincaré's Opposition macht, wird der Erfolg Frankreichs nicht für sicher gehalten.

Stresemann setzt die „Erzählungspolitik“ fort, für die Wright und Mathieu eingetreten seien, aber geschäfter und deshalb gefährlicher. Stresemann sei kein erklärter „Feind“, wie es nach der Meinung der Zeitung, Genuß gewesen ist, sondern ein politisch und gesellschaftlich begabter „Rebeller“, ein Rechtsanwalt wie Poincaré, der wisse, was er erreichen wolle und seine Interessen zu verteidigen verstehe.

Die Situation würde wenig geändert werden, wenn Deutschland erklärte: „Wir können nicht zahlen, da wir unser Arbeitsfeld nicht frei haben.“ Denn die jetzige Regierung Frankreichs habe es versäumt, dieses Arbeitsfeld für ihre eigenen Zwecke vorzubehalten anzubauen.“

Italiens Interesse an der Entspannung.

Rom, 12. September.

Im Ministerrat erklärte Mussolini bezüglich der Reparationsfrage und der Lage im Ruhrgebiet: In einer meiner früheren Äußerungen habe ich auf die Möglichkeit einer Entspannung angespielt, die sich besonders nach der Rede Stresemanns in Stuttgart verhält. Der passive Widerstand habe weder Sinn, noch bringe er Nutzen. Ich fortzusetzen, würde bedeuten, daß man sich absichtlich in eine Katastrophe stürzen will. In diesem Sinne ist die italienische Regierung vorzüglich geworden, um Berlin zu überzeugen. Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß Italien auch an dieser Phase unmittelbar interessiert ist, die man als die Phase der Entspannung in der Ruhrfrage bezeichnen könnte, und daß die Interessen Italiens bei einer Regelung sorgfältig gewahrt werden würden. Nach zweifelhafter Beratung, an der fast alle Minister teilnahmen, billigte der Ministerrat einstimmig Mussolini's Absichtungen und seine Haltung.

Aktualitäten.

Frau Lehmann und Frau Scherle unterhalten sich über das neue Dessingesch.

„Wir sind immer die Tummeln gewesen“, sagt Frau Lehmann, „erst haben wir unser Kupfer abgeliefert, nachher haben wir unsere Goldstücke auf die Reichsbank getragen, und jetzt sind auch die paar Dutzend Tusch... alles wegen der Anstandslosigkeit!“

„Genau wie bei uns“, sagt Frau Scherle, und beide sehen sich eigenartig von der Seite an.

„Frau Scherle“, beginnt Frau Lehmann nach einer Pause, „hätten Sie nicht gesehen, wie von uns geht — Sie wollten doch so gern noch ein paar Häpfen Corned beef — wissen Sie, von dem guten —“

„Ja, ja doch — wissen Sie eine Quelle, Frau Lehmann?“

„Ich würde schon —“ sagt Frau Lehmann mit einem durch Diplomatie unheimlich gebildeten Triumph in der Stimme.

„Denn ich Ihnen einen Gefallen tun kann —“ erwidert Frau Scherle mit qualvoll beherrschter Wut im Ton.

„Ihr Kesse ist doch bei der Bank —“

„Ja doch — ein geschickter Junge, sagt ich Ihnen.“

„Der muß das doch wissen — es ist nur, weil gestern trüber gestimmt wurde, unser Wäpfel ist so rechtlich — steht wirklich zu Schanden dran, wenn man nicht ablieft... oder ist das nicht so'n Teufel?“

Frau Scherle und Frau Lehmann sehen sich übermüdet eigenartig von der Seite an.

Frau Scherle läßt diplomatisch eine kleine Spannungspause eintreten.

Dann sagt sie mit ehrlichem Stolz: „Der Junge weiß Weidloch — den legt keiner rein — so was von Intelligenz, Sie machen sich keinen Begriff!“

Frau Lehmann läßt ebenfalls eine kleine Spannungspause eintreten.

Dann sagt sie: „Wir könnten noch etwas Corned beef abgeben — für Sie schon, Frau Scherle.“

Sie verabreden sich auf acht Uhr bei Schierles, um welche Zeit auch der mit Aufträgen überlastete talentvolle Kesse anwesend sein wird.

Gerade als sie sich in freundlicher Gesprächigkeit verabsheden, tritt mit aufgehobenen Händen und vor Erregung bebender Lippen Frau Wenzler hinzu:

„Haben Sie gehört — das ist wirklich die Höhe!“

„Mit den Devisen —“

„Ne, wenn schon —!“

„Aber nein — ist ja schon wieder überholt! Wissen Sie wirklich nicht?“

„Was denn am Gottesdienen?“

„So reden Sie doch!“

„Das neueste Gesetz: daß die Kaiserin abgeliefert werden muß!“

„Die Kaiserin?!“

„Wie drei sehen sich erwartend an.“

Frau Lehmann rührt sich zurecht: „Ich glaub's noch nicht.“

„Effektiv!“ beharrt Frau Wenzler hart.

„Ja“, sagt Frau Scherle und läßt Frau Lehmann bedeutungslos ins Auge — „na, dann muß man eben auch in dem Falle seine Schuldigkeit tun.“

(Peter Scher in der „Frankf. Bl.“)

Das Singers 60. Geburtstag. Der als Bearbeiter neuerer Klavierausgaben rühmlichst bekannte Leipzig'ger Tonsetzer wird am 14. September 60 Jahre alt. Zahlreiche Klavier-Kontrabassisten sind ihm zu danken. Für Richard Strauß wird er, wie früher, auch von den Jüngeren, noch unverdrossenen Bühnenwerken den Klavierausgaben herstellen. Ein Rabinat ist sein langjähriger Beauftragter dieser Art ist der „Rosenkavalier“ und „Jenucci“ der Rosenkavalier-Walzer. Des weiteren hat Otto Singer auch mit der Orchesterleitung von Schumanns „Karnaval“ bei Ballet-Aufführungen

in Wien und München reiche Anerkennung gefunden. —

Wieder ein Opfer des Hungers. Aus Bonn wird berichtet: Das Rheinland hat einen seiner trefflichsten Architekten verloren. Karl Thoma, der Vertreter des linksrheinischen Gebietes im Vorstande des Bundes Deutscher Architekten seit dessen Gründung, ist hier gestorben. Thoma war 1857 in Kaden geboren. Seine erste große Arbeit bildete die im Auftrage der Düsseldorf'schen Provinzialverwaltung übernommene Entwurfsbearbeitung und Bauleitung für das Provinzialmuseum in Trier. Nach einigen Jahren in Berlin, wo er im Kulturbüro am Reichsministerium entwarf und bei der Stadt unter Oberbau tätig war, kehrte er nach Düsseldorf zurück. Dort übernahm er den Neubau des Bonner Provinzialmuseums, dessen Ausführung er um 1890 leitete. Dann schied er aus dem öffentlichen Dienste und war in Köln mit Hermann Schmitz, endlich in Bonn freier Architekt. Die besten Neubauten von Bonn stammen von ihm: das Warenhaus Liebig, der Bürgerverein, das Münzhaus, die Kaiser-Walden, die Wiederherstellung des Kreuzganges am Münster. Auch sonst hat er im Rheinland viel gebaut, bis er in diesen Tagen buchstäblich ein Opfer der Wirtschaftskrise geworden (also verhungert) ist.

Die Schiffspreise für den deutschen Seehandel, die letzten ein gewaltig erhöht worden sind, betragen, wie aus Leipzig gemeldet wird, von heute ab 9000 000.

Das Romantikum für Heimatgeschichte. Das Bayerische Museum in Gelle hat jetzt, wie im „Rheinischen“ mitgeteilt wird, den Namen „Romantikum für Heimatgeschichte“ erhalten, eine verdiente Ehrung des Leiters und Gründers dieser praktischen Sammlung, Prof. Wilhelm Womann. Der heute 76-jährige Gelehrte hat sich das Verdienst erworben, auch einer der volkstümlichen und geschichtlichen Bedeutung der alten bayerischen Kultur der Rhein-

burger Heide und weiterhin des ganzen Hannoverlandes in ihrem Wert zu erkennen und, durch heimatische Sammlungen, zu veranschaulichen. Er begründete 1892 das Jella-Museum, das er zu einem der schönsten Denkmäler niederrheinischer Eigenart machte, und das für die geographischen Heimatmuseen Vorbildlich geworden ist.

Mitteilungen der Sächsischen Staatsbahn. Oberhaus. Sonnabend „Mattha“ mit Josef u. Schuch in der Teltelstraße, Eptisch (zum erstenmal) Hponel, Ermold (Plumett). Anfang 1/2 8 Uhr.

Sonnabend, 15. September, im vormaligen Refektorium als erste Veranstaltung aus Anlaß des 375-jährigen Kapelljubiläums Kammerorchester der Staatskapelle unter Leitung von Fritz Busch. Es werden gespielt: 1. Konzert für vier Violinen mit Begleitung von Streichorchester und Cembalo von A. Händel. Solisten: Rudolf Böttich, Adolf Schiering, Max Straß, Erdmann Wartow.

2. Variationen und Fuge über ein Thema von Beethoven für zwei Klaviere von Max Reger (Wert 66), gespielt von Fritz Busch und Hermann Drews. 3. Serenade D-dur für Orchester (Wert 49) von Felix Draeseke. Das Konzert findet zum letzten der Unterhaltungsreihe der Sächsischen Staatsbahnen statt. Anfang 1/2 8 Uhr.

Schauspielhaus. Sonnabend wird die seit Januar nicht mehr aufgeführte Komödie „Zombifikationen im Juni“ von Max Kober wieder in dem Spielplan aufgenommen. Neu ist Stella David als Fürstin Octavi. Spielzeit: 8. 3. 1/2. Anfang 1/2 8 Uhr.

Die Sonderveranstaltungen der neuen Kunst. Die beginnende Saison. Am 24. September, 1/2 8 Uhr mit einem Konzert des Streichquartetts der Dresdner Staatskapelle (Strauß, Barwas, Spizner, Bille), das die Dresdner Aufführung des G-moll Quartetts von Robert Schumann bringt. — Sonnabend, den 29. September, 1/2 8 Uhr spielt Miria Bines den „Großmutter“ von Dostojewski. Kartenverkauf ab 17. d. M. bei S. Kies, Seestraß, und im Rathenauhaus. Sonderstellungen schon jetzt in der neuen Kunst, Sonntag 1/2 8 Uhr.

Die Sonderveranstaltungen der neuen Kunst. Die beginnende Saison. Am 24. September, 1/2 8 Uhr mit einem Konzert des Streichquartetts der Dresdner Staatskapelle (Strauß, Barwas, Spizner, Bille), das die Dresdner Aufführung des G-moll Quartetts von Robert Schumann bringt. — Sonnabend, den 29. September, 1/2 8 Uhr spielt Miria Bines den „Großmutter“ von Dostojewski. Kartenverkauf ab 17. d. M. bei S. Kies, Seestraß, und im Rathenauhaus. Sonderstellungen schon jetzt in der neuen Kunst, Sonntag 1/2 8 Uhr.

Die Sonderveranstaltungen der neuen Kunst. Die beginnende Saison. Am 24. September, 1/2 8 Uhr mit einem Konzert des Streichquartetts der Dresdner Staatskapelle (Strauß, Barwas, Spizner, Bille), das die Dresdner Aufführung des G-moll Quartetts von Robert Schumann bringt. — Sonnabend, den 29. September, 1/2 8 Uhr spielt Miria Bines den „Großmutter“ von Dostojewski. Kartenverkauf ab 17. d. M. bei S. Kies, Seestraß, und im Rathenauhaus. Sonderstellungen schon jetzt in der neuen Kunst, Sonntag 1/2 8 Uhr.

Die Sonderveranstaltungen der neuen Kunst. Die beginnende Saison. Am 24. September, 1/2 8 Uhr mit einem Konzert des Streichquartetts der Dresdner Staatskapelle (Strauß, Barwas, Spizner, Bille), das die Dresdner Aufführung des G-moll Quartetts von Robert Schumann bringt. — Sonnabend, den 29. September, 1/2 8 Uhr spielt Miria Bines den „Großmutter“ von Dostojewski. Kartenverkauf ab 17. d. M. bei S. Kies, Seestraß, und im Rathenauhaus. Sonderstellungen schon jetzt in der neuen Kunst, Sonntag 1/2 8 Uhr.

Die Sonderveranstaltungen der neuen Kunst. Die beginnende Saison. Am 24. September, 1/2 8 Uhr mit einem Konzert des Streichquartetts der Dresdner Staatskapelle (Strauß, Barwas, Spizner, Bille), das die Dresdner Aufführung des G-moll Quartetts von Robert Schumann bringt. — Sonnabend, den 29. September, 1/2 8 Uhr spielt Miria Bines den „Großmutter“ von Dostojewski. Kartenverkauf ab 17. d. M. bei S. Kies, Seestraß, und im Rathenauhaus. Sonderstellungen schon jetzt in der neuen Kunst, Sonntag 1/2 8 Uhr.

Die Sonderveranstaltungen der neuen Kunst. Die beginnende Saison. Am 24. September, 1/2 8 Uhr mit einem Konzert des Streichquartetts der Dresdner Staatskapelle (Strauß, Barwas, Spizner, Bille), das die Dresdner Aufführung des G-moll Quartetts von Robert Schumann bringt. — Sonnabend, den 29. September, 1/2 8 Uhr spielt Miria Bines den „Großmutter“ von Dostojewski. Kartenverkauf ab 17. d. M. bei S. Kies, Seestraß, und im Rathenauhaus. Sonderstellungen schon jetzt in der neuen Kunst, Sonntag 1/2 8 Uhr.

Die Sonderveranstaltungen der neuen Kunst. Die beginnende Saison. Am 24. September, 1/2 8 Uhr mit einem Konzert des Streichquartetts der Dresdner Staatskapelle (Strauß, Barwas, Spizner, Bille), das die Dresdner Aufführung des G-moll Quartetts von Robert Schumann bringt. — Sonnabend, den 29. September, 1/2 8 Uhr spielt Miria Bines den „Großmutter“ von Dostojewski. Kartenverkauf ab 17. d. M. bei S. Kies, Seestraß, und im Rathenauhaus. Sonderstellungen schon jetzt in der neuen Kunst, Sonntag 1/2 8 Uhr.

Englands wohlwollende Haltung.

London, 12. September. Die Gerüchte über bevorstehende und bereits im Gange befindliche Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland haben hier größte Beachtung. Die Blätter sind sich nämlich einig darin, daß England an diesen Verhandlungen im höchsten Maße interessiert sei, und daß man erwarte, daß Frankreich eine etwaige neue Note, auch wenn sie England nicht direkt angehe, auch in London überreiche. Es ist denkbar, daß sofort nach der Rückkehr Baldwin aus den Ferien ein Ministerrat einberufen, der sich mit der Lage beschäftigen wird. England sei mehr als je entschlossen, wenn eine dauernde Lösung der Fragen herbeizuführen, die Europa bisher nicht zum Frieden kommen ließen. Auch die Anstrengungen der deutschen Regierung, die inneren Verhältnisse zu ordnen, werden von den Blättern wohlwollend betrachtet. Doch lauten hier und da Zweifel auf, ob es Deutschland gelingen werde, ohne äußere Hilfe der ungeheuren Schwierigkeiten Herr zu werden. Die gestrige Besprechung der Sanierung Österreichs im Völkerbund gibt den Zeitungen Gelegenheit, Vergleiche anzustellen. Bemerkenswert ist es, daß anerkannt wird, daß sich Deutschland in einer ungünstigeren Lage befindet als Österreich selbst in seiner schlimmsten Zeit. Andererseits wird betont, daß Deutschland über weitaus größere Hilfsquellen verfüge als das kleine Österreich.

Amerikanische Hilfe in Aussicht?

New York, 12. September. "New York Times" veröffentlicht einen längeren Artikel, nach dem aus New Yorker finanziellen Kreisen berichtet, daß eine Kaulche von einer Milliarde Dollar zur Rettung Deutschlands vom wirtschaftlichen Zusammenbruch einer der hauptsächlichsten Gegenstände der Erwägungen der internationalen Bankierwelt bilden solle, falls in der Nahzeit ein Abkommen zwischen den internationalen Bankiers zustande kommen und eine Einigung mit den Alliierten erfolge. Ein Viertel der Kaulche werde wahrscheinlich amerikanischen Bankiers zur Zeichnung angeboten werden. Der industrielle Besitz Deutschlands und die von den anderen europäischen Nationen zu leistenden Garantien würden die Sicherheit für die Kaulche bilden. Ein Plan, der gegenwärtig von einer Anzahl amerikanischer Bankiers erwogen werde, sehe die Einsetzung eines General-Kommissars des Völkerbundes vor, der die Verwendung der aufzubringenden Mittel überwachen solle. Eine Reihe von Finanzhäusern hege vollkommenes Vertrauen dazu, daß es ihnen gelingen werde, die Kaulchekasse zu begeben.

Korfu - Trium.

London, 12. September. Die Nachricht, daß die Italiener auf Korfu weitere Truppen landen, wird hier mit größter Ruhe aufgenommen. Man spricht davon, daß die Gesamtsituation der auf Korfu befindlichen italienischen Truppen bereits ein Armeekorps betrage. Zu auch aus Rom die Meldung eingetroffen ist, daß Mussolini die Insel auf keinen Fall räumen werde, bis die Mörder von Janina ergriffen und hingerichtet seien, beschließt man, daß Italien nicht daran denke, die Insel zu räumen, sondern sie als Basis für etwaige Aktionen in der Zukunft zu benutzen wolle. Die dort versammelten Truppen seien im geeigneten Augenblick leicht nach Pola zu bringen. Zu auch bereits Post- und Telegrammbeamte sowie Zollbeamte sich auf der Insel befinden, glaubt man nicht mehr an eine schnelle Wiedervergütung. Verschiedene Blätter meinen jetzt, daß England sehr recht gehabt habe, wenn es von vornherein dem Schiedsgericht der Reparations-Kommission nicht allzuviel Wert belegte und Ausnutzung der Sache vor dem Völkerbund forderte. Aus Rom ist die Nachricht eingetroffen, daß der italienische Minister des Äußeren Piffaretti gegenüber erklärt habe, die Annahme der Bedingungen der Völkerbundkonferenz durch Griechenland sei für Italien eine genügende Garantie.

Italien ist hartnäckig.

Rom, 12. September. Die heutigen Blätter behandeln die Fiume-Frage mit derselben Leidenschaftlichkeit, mit der sie über den Konflikt mit Griechenland geschrieben haben. Über einstimmend betonen sie, daß Italien in der Fiume-Frage keine Vermittlung annehmen und auf totale Erfüllung seiner an Jugoslawien gerichteten Forderungen bestehen werde.

Die Mörder von Janina verhaftet?

Paris, 12. September. Nach einer hier eingetroffenen Meldung hat die griechische Regierung den Obersten Boharis und acht Mitglieder des epirotischen Komitees

verhaftet. Es sollen Beweise dafür vorliegen, daß die Verhafteten als die Hauptschuldigen am dem Mord von Janina zu betrachten sind.

Der Wiederaufbau Österreichs. Hoffnungen auch für Deutschland.

Genf, 12. September. In der heutigen Debatte der Völkerbundversammlung über den Wiederaufbau Österreichs, in der alle Redner die österreichische Regierung beglückwünschten, erklärte Hanotaux (Frankreich) u. a.: Das österreichische Volk hat wieder Hoffnung gefaßt, sein Selbstvertrauen zurückzugewinnen und den Weg betreten, auf dem es verharren muß, um dann mit der lebhaften Ausführung der Beiträge zu beginnen. Lord Robert Cecil wies am Schluß seiner Rede auf die Notwendigkeit der moralischen Abstützung hin und erklärte, diese moralische Abstützung könne man nicht durch Zwang und Drohungen, sondern nur durch Zusammenarbeit vorbringen, und deshalb beglückwünschte er den Völkerbund zu seinen prächtigen Erfolgen bei der Wiederaufbau Österreichs.

Edwards (Chile), der vorjährige Versammlungspräsident, erwähnte in seiner Rede zum Abschluß ebenfalls den österreichischen Wiederaufbau und bemerkte dabei: Ich hoffe, daß die Wiederherstellung des Landes, in dem 1914 die Feuerbombe entzündet, nur das Vorbild bildet zu einem größeren, eingehenderen Werke der wirtschaftlichen Wiederherstellung des Zentrums des Kontinents, das heute unter der Anführung des Papstgeldes erlitten, sowie in der ungeliebten Atmosphäre einer Verwaltungs- und Finanzregimes, das der Unterordnung und der Furcht entworfen und in gewissen Ländern einen weltlichen Kriegszustand de facto inmitten eines Friedens de jure offenbarte. Im weiteren Verlauf seiner Rede rühmte Edwards das System der Völkerbundversammlung und sagte, daß sie allein verschiedene im Verlaufe der Zeit aufgeworfene Probleme zu lösen befähigt sei.

Die Regierungskrise in Thüringen

Weimar, 12. September.

Der Altersausstieg des Thüringischen Landtages hat am Mittwoch beschlossen, die nächste Sitzung am kommenden Mittwoch, den 19. d. M. abzuhalten. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die Ernennung der Regierung und zweitens „Auslösung des Landtages“. Die sozialdemokratische Fraktion ist der Auffassung, daß in Anbetracht der schwierigen Gesamtlage eine Auflösung des Landtages nach Möglichkeit vermieden werden soll. Es ist gelang, zur Ernennung der Regierung zu schreiten, steht vorläufig noch in Zweifel. Die Sozialdemokraten haben vorerst mit der kommunistischen Partei Thüringens Fühlung genommen.

Bezirksvorstand und Landtagsfraktion trafen inzwischen folgenden

Kufruf an die arbeitende Bevölkerung Thüringens

und die Mitglieder der Partei:

Die Sozialdemokratische Regierung Thüringens ist gefaßt. Am 11. September, zwei Jahre nach der Wahl der Arbeitermehrheit, haben Sozialdemokraten, Kommunisten, Landbauer, Volkspartei und Demokraten in gemeinsamer Abstimmung mit 30 gegen 22 sozialdemokratische Stimmen der Regierung das Mißtrauen ausgesprochen. Zwei Jahre tobte der Kampf aller bürgerlichen Parteien gegen die Regierung. Alle grundlegenden Schritte für einen sozialdemokratischen Aufbau Thüringens mußten gegen die geschlossene Front der bürgerlichen Fraktionen durchgekämpft werden. Alle Verwaltungsmaßnahmen der Regierung riefen im Landtage, in Presse und Öffentlichkeit auf den hartnäckigsten Widerstand des Bürgerturns, Wählerrechtsforderungen an die Regierung nach den Kommunalwahlen, Anträge auf Auflösung des Landtages im Zusammenhang damit, Mißtrauensanträge gegen den Innen- und den Volksbildungsminister haben nicht vermocht, das Ziel, die Regierung zu beurlauben, zu erreichen. Um die Regierung zu bürden, schreiden die bürgerlichen Parteien nicht vor dem Versuch zurück, einzelne Gebietskörperschaften Thüringens lauzureißen - zum Volkseinstande waren sie zu schwach - und das Kabinett des Herrn Cuno zur Reichsregierung gegen Thüringen aufzulösen.

Das Demokraten, Monarchisten und Faschisten nicht allein erreicht, wurde ihnen durch die Kommunisten möglich. Seit Monaten wurde die Thüringische Arbeiterregierung auch durch die Kommunisten aufs schärfste bekämpft. Nichts den sich immer mehr steigenden Kampf der bürger-

„Eine tiefenhafte Unmoral.“

Die Verschwendung von Reichsgeldern an der Ruhr.

Immer mehr läßt sich der Schleiter, in welcher verhasster Weise die Gelder des Reiches während des Abwehrtampfes im Ruhr- und Rheingebiet verschwendet worden sind. Es wird auch von bürgerlicher Seite nunmehr festgestellt, daß es sich noch kaum übersehen läßt, wie viele Milliarden oder Billionen an Personen und Kreise gegangen sind, die entweder nur sehr wenig an der Aufrechterhaltung des passiven Widerstandes beteiligt sind oder doch einer solchen Subventionierung nicht bedürftig. Von vielen Seiten werden auch die enormen zu den Ruhrfürsten wesentlich beitragenden Devisenlasten einiger rheinischen Großkapitalisten auf diese Kreditversorgung zurückgeführt. Das „Rölnner Tageblatt“ wendet sich sehr scharf gegen die „rheinischen Parteiführer“, die namentlich in Berlin, in der Unterredung mit dem Reichskanzler, für Fortsetzung des passiven Widerstandes eintreten und unter denen sich auch der Rölnner Großbankier Louis Hagen befand. Das „Rölnner Tageblatt“ ist der Meinung, daß „die Reichsregierung“ des passiven Widerstandes „nur noch in den Reihen derer sitzen, die aus dieser Politik geldliche Nutzen schöpfen“, und es gibt seiner Auffassung in folgender Weise Ausdruck:

„Wer das große Geld und die tiefenhafte Unmoral, die wir im Westen mit der Politik des passiven Widerstandes erkaufen mußten, ständig vor Augen hat, der muß dem Währungsaußschusse des Reichswirtschaftsrates dankbar sein, der die Dinge beim richtigen Namen genannt hat. Voraussetzung für jede Beilegung ist die Beilegung der Defizitwirtschaft der öffentlichen Gewalt. Diese Defizitwirtschaft ist im besten Gebiet durch staatspolitische Maßnahmen, deren Stimmhaftigkeit wir nicht erst jetzt, sondern schon vor Monaten im „Rölnner Tageblatt“ geäußert haben, zum System erhoben worden. Und deshalb schließen wir uns den Forderungen des Währungsaußschusses des Reichswirtschaftsrates an. Die Ausgaben für den Ruhrkampf sind sofort auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken, die für Ruhrzwecke zur Verfügung stehenden Gelder sind zu Kontingenieren und ihrer Verteilung ist unter Kontrolle eines kleinen, mit diplomatischen Vollmachten versehenen

Ausschusses zu stellen. Bedauern müssen wir es, daß diese Forderungen nicht von den politischen Führern des Rheinlandes aufgegriffen sind.“

Es wird namentlich höchste Zeit, daß mit dem System der „tiefenhaften Unmoral“ gebrochen wird!

Kein Abbau der Ruhrkredite.

Berlin, 12. September. Besten verleiht, daß die Reichsregierung den allmählichen Abbau der Ruhrkredite vorbereite. Diese Meldung wird dementsprechend. Die „Vossische Zeitung“ erklärt, es sei keineswegs beabsichtigt, der Beibehaltung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes die finanzielle Hilfe zu entziehen. Das Bestreben der Regierung gehe vielmehr dahin, zu verhindern, daß die Geldfähigkeit von einigen rheinischen Firmen dazu benutzt werde, die Nachfrage nach Teuilen zu verstärken.

Einstellung der Marknotierung in Basel

Basel, 13. September. Die hiesige Börse stellt ab gestern die Notierung der deutschen Mark wegen ihrer „völligen Wertlosigkeit“ ein.

Unrichtige Mitteilungen über die Berliner Besprechung vom 11. September.

(N.) In der Presse sind über die Zusammenkunft des sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Feigler mit Vertretern des Reichs-Kabinetts vom 11. September Nachrichten verbreitet, die mehr oder weniger unrichtig sind. Die in verschiedenen Zeitungen, z. B. in der „Vossischen Zeitung“ und in den „Sächsischen Nachrichten“, als amtliche und halbamtliche Meldungen bezeichneten Berichte sind, wie eine Nachfrage in der Reichskanzlei ergeben hat, nicht von amtlicher Stelle veranlaßt worden. Sie beruhen namentlich auf entstellten und schmeiher aus der Phantasie ergänzten Auskünften, die in Berlin in der Pressekonferenz gegeben worden sind.

Fälschungsversuche der konterrevolutionären Verbände.

Erneute Verbote.

Berlin, 13. September.

Nach einer Münchener Pressemeldung soll sich die für Preußen durch den vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik bekräftigten Brief des preussischen Ministers des Innern vom 11. November 1922 verbundene Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (N.S.D.A.P.), Nationalsozialistische Partei Groß-Deutschland und ihre Sturmabteilungen „Sturmabteilungen der N.S.D.A.P.“ nennen.

We der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, erlaßt der Minister des Innern in einer Verfügung, etwaige Unternehmungen der verboten Partei in Preußen auch unter diesem Namen mit polizeilichen Maßnahmen zu verhindern und gegen Betrüger und Teilnehmer gemäß § 19 Abs 2 des Reichsgesetzes über die Bekämpfung der Verfassungswidrigkeit bei der örtlich zuständigen Staatsanwaltschaft das Verfahren anhängig zu machen. Am Schluß der Verfügung ruft der Minister den nachgeordneten Behörden seine Verfügung vom 10. Januar 1923 über das Verbot der Großdeutschen Arbeiterpartei in Erinnerung.

Ist das Schutze der Republik?

Ein „unzweifelhaft geheimer Verein“ wird gestiftet.

Leipzig, 12. September.

Der sächsische Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik verhandelte heute über die Beschwerde des sächsischen Staatsministeriums gegen den Beschluß des Staatsgerichtshofes vom 25. Juni d. J., betreffend den Sächsischen Zeitungsdienst. Das sächsische Staatsministerium hatte dieses Unternehmen als geheime Organisation für militärische Zwecke aufgelöst. Auf die Beschwerde des Leiters des Zeitungsdienstes hob der Staatsgerichtshof am 25. Juni das Verbot auf. Das sächsische Staatsministerium legt seinerseits dagegen Beschwerde ein.

In der heutigen Sitzung bestätigte der sächsische Senat die Aufhebung des Verbotes der sächsischen Regierung und Übertrag des sächsischen Senats die Kosten des Verfahrens. In der Begründung wird ausgeführt, es handle sich um ein „unzweifelhaft geheimes Verein“. Es sei aber nicht erwiesen, daß der Verein Zwecke verfolge, die darauf gerichtet seien, die ordnungsmäßige Regierung zu untergraben. Ferner sei nicht erwiesen, daß der Verein als solcher Waffen besaß. Die Tatsache, daß bei einzelnen Mitgliedern Waffen gefunden worden wären, genüge zu diesem Beweise noch nicht.

Die Frage des Beamtenabbaues.

Berlin, 12. September.

Ein hierher, die äußerste Linie vortretendes Blatt brachte kürzlich aufsehenerregende Nachrichten über einen angeblich von der Reichsregierung geplanten Beamtenabbau auf eine Forderung der Entente hin. Diese Meldung ist, wie den Blättern mitgeteilt wird, erfunden. Von einer solchen Forderung der Entente ist nichts bekannt. Ein Abbau des Be-

Jeder, der es ernst meint mit den Interessen des wertvollen Volkes, kann nur wünschen, daß die Fühlungnahme der R. P. D. mit der R. P. D., von der in der Meldung gesprochen wird, zum Ziele führt.

Amtlicher Teil.

Bei Ausführung der von den Gemeinden ver- einahmten Versicherungsbeiträge an die Brand- versicherungskasse sind in letzter Zeit wiederholt Verzögerungen eingetreten, die bei der schnell fortschreitenden Selbstwertung zu erheblichen Schädigungen der Landes-Brandversicherungsauf- gabe geführt haben.

Einhebung von Landeslustrations- Beiträgen auf den Termin 1. September 1923 in natura durch Vermittlung der Gemeinden.

Infolge der fortgeschrittenen Geldentwertung ist die Einhebung der Landeslustrationsbeiträge in natura zu erfolgen. Er hat deshalb auf Grund des Gesetzes über Beitragsenthebung vom 6. Februar 1923 (Sächs. Gesetzblatt 1923, Seite 33) beschließen, zur Deckung seiner Bedarfs weitere Beiträge auf den Termin 1. September 1923 und zwar auf je 8 beitrags- pflichtige Grundbesitzeranteile 1 kg Roggen oder 1 kg Gerste zu erheben und die Einhebung durch Ver- mittlung der Gemeinden vornehmen zu lassen.

Die Erb- und Schenkungsverträge auf Veräußerung von Grundbesitz sind im letzten Jahr wiederholt Verzögerungen eingetreten, die bei der schnell fortschreitenden Selbstwertung zu erheblichen Schädigungen der Landes-Brandversicherungsauf- gabe geführt haben.

Einhebung von Landeslustrations- Beiträgen auf den Termin 1. September 1923 in natura durch Vermittlung der Gemeinden.

Infolge der fortgeschrittenen Geldentwertung ist die Einhebung der Landeslustrationsbeiträge in natura zu erfolgen. Er hat deshalb auf Grund des Gesetzes über Beitragsenthebung vom 6. Februar 1923 (Sächs. Gesetzblatt 1923, Seite 33) beschließen, zur Deckung seiner Bedarfs weitere Beiträge auf den Termin 1. September 1923 und zwar auf je 8 beitrags- pflichtige Grundbesitzeranteile 1 kg Roggen oder 1 kg Gerste zu erheben und die Einhebung durch Ver- mittlung der Gemeinden vornehmen zu lassen.

Einhebung von Landeslustrations- Beiträgen auf den Termin 1. September 1923 in natura durch Vermittlung der Gemeinden.

Infolge der fortgeschrittenen Geldentwertung ist die Einhebung der Landeslustrationsbeiträge in natura zu erfolgen. Er hat deshalb auf Grund des Gesetzes über Beitragsenthebung vom 6. Februar 1923 (Sächs. Gesetzblatt 1923, Seite 33) beschließen, zur Deckung seiner Bedarfs weitere Beiträge auf den Termin 1. September 1923 und zwar auf je 8 beitrags- pflichtige Grundbesitzeranteile 1 kg Roggen oder 1 kg Gerste zu erheben und die Einhebung durch Ver- mittlung der Gemeinden vornehmen zu lassen.

Einhebung von Landeslustrations- Beiträgen auf den Termin 1. September 1923 in natura durch Vermittlung der Gemeinden.

Infolge der fortgeschrittenen Geldentwertung ist die Einhebung der Landeslustrationsbeiträge in natura zu erfolgen. Er hat deshalb auf Grund des Gesetzes über Beitragsenthebung vom 6. Februar 1923 (Sächs. Gesetzblatt 1923, Seite 33) beschließen, zur Deckung seiner Bedarfs weitere Beiträge auf den Termin 1. September 1923 und zwar auf je 8 beitrags- pflichtige Grundbesitzeranteile 1 kg Roggen oder 1 kg Gerste zu erheben und die Einhebung durch Ver- mittlung der Gemeinden vornehmen zu lassen.

Einhebung von Landeslustrations- Beiträgen auf den Termin 1. September 1923 in natura durch Vermittlung der Gemeinden.

Infolge der fortgeschrittenen Geldentwertung ist die Einhebung der Landeslustrationsbeiträge in natura zu erfolgen. Er hat deshalb auf Grund des Gesetzes über Beitragsenthebung vom 6. Februar 1923 (Sächs. Gesetzblatt 1923, Seite 33) beschließen, zur Deckung seiner Bedarfs weitere Beiträge auf den Termin 1. September 1923 und zwar auf je 8 beitrags- pflichtige Grundbesitzeranteile 1 kg Roggen oder 1 kg Gerste zu erheben und die Einhebung durch Ver- mittlung der Gemeinden vornehmen zu lassen.

Einhebung von Landeslustrations- Beiträgen auf den Termin 1. September 1923 in natura durch Vermittlung der Gemeinden.

Infolge der fortgeschrittenen Geldentwertung ist die Einhebung der Landeslustrationsbeiträge in natura zu erfolgen. Er hat deshalb auf Grund des Gesetzes über Beitragsenthebung vom 6. Februar 1923 (Sächs. Gesetzblatt 1923, Seite 33) beschließen, zur Deckung seiner Bedarfs weitere Beiträge auf den Termin 1. September 1923 und zwar auf je 8 beitrags- pflichtige Grundbesitzeranteile 1 kg Roggen oder 1 kg Gerste zu erheben und die Einhebung durch Ver- mittlung der Gemeinden vornehmen zu lassen.

Die Generalversammlung wird durch Bekannt- machung im Deutschen Reichsanzeiger und zwar so- zeitig berufen, daß zwischen dem Tage der Bekannt- machung und dem der Versammlung, diese beiden Tage nicht mitgerechnet, mindestens drei Wochen liegen.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Auf Blatt 9005 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma Sächsisch-Weis- senhofener Aktien-Gesellschaft in Chemnitz (Inne- re Neustraße 21).

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

die hier Einlage wird auf 3 000 000.— Mark fest- gesetzt, wobei die Stammeinlage von 1 000 000.— Mark (Sächs. Gesetzblatt 1923, Seite 33) am 10. Sept. 1923.

Auf Blatt 18391 des Handelsregisters ist heute die Aktien-Gesellschaft „Storch“, Schuhfabrik, Aktien- gesellschaft mit dem Sitz in Dresden und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsver- trag ist am 15. Dezember 1922 abgeschlossen und am 10. Februar, 26. März, 6. Juni, 7. Juni und 20. Juli 1923 abgeändert worden.

Auf Blatt 9005 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma Sächsisch-Weis- senhofener Aktien-Gesellschaft in Chemnitz (Inne- re Neustraße 21).

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

dem Bilanzdirektor Heinrich Wegendorf und dem Bankbeamten Otto Richard Hennig erstellt. Pro- tocoll ist erfolgt. Amtsgericht Chemnitz, den 5. September 1923.

Auf Blatt 22503 des Handelsregisters ist heute die Firma Jork-Treffler-Aktiengesellschaft in Leipzig eingetragen und weiter folgendes verlan- det worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 1. August 1923 abgeschlossen worden.

Auf Blatt 9005 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma Sächsisch-Weis- senhofener Aktien-Gesellschaft in Chemnitz (Inne- re Neustraße 21).

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Die bei der Anmeldung der Gesellschaft ein- gereichten Schlußberichte des Vorstands und des Auf- sichtsrates sind dem Amtsgericht Chemnitz, Abt. I, 7. Sept. 1923.

Meinhold, Galetzka, Kaufmann Wil. Weisow, Dr. rer. pol. Carl Dietrich und Dr. phil. Georg Koch, Amtsrichter in Leipzig.

Im heutigen Handelsregister ist heute eingetragen worden: Auf Blatt 1017, die Firma Willy Steinbach in Limbach.

Im Handelsregister wurde heute eingetragen: I. auf Blatt 574, betr. die Firma: Schumann & Co. in Weinsöbels.

In das hiesige Handelsregister ist eingetragen worden am 10. 9. 23:

1. auf Blatt 1591, betr. die Firma Walter, Hiltl & Co. in Zittau.

2. auf Blatt 1642 die Firma Reutic-Gesellschaft m. b. H. in Zittau.

3. auf Blatt 1643, betr. die Firma Max Weber in Zittau.

4. auf Blatt 1067, betr. die Firma Max Weber in Zittau.

5. auf Blatt 1643 die Firma Walter Hüfner in Zittau.

Offen: Stellen für Lehrer. 4. fänd. Lehrstelle an der Volksschule zu Rattraupäts.

Tageschronik. Viehlicher Markt.

Schändliches Verbrechen im Personenzug Frankfurt a. M.—Berlin. Ein schweres Verbrechen ist in den frühen Morgenstunden des heutigen Tages in dem Personenzug, der von Frankfurt a. M. nach Berlin fährt, verübt worden.

Eine tödliche Segelfahrt.

Ein junger Franzose Kaingerbau ist in einem Segelboot nach Amerika unterwegs. Er hat mit zwei englischen Passagieren gewartet, daß er ohne fremde Hilfe über den Ozean segeln würde.

Ein neues Erdbeben.

Nach einer Mitteilung des Pariser 'Journal' vergründete die Erdbebenlinie in Toledo in Spanien am Dienstag abermals ein starkes Erdbeben in etwa 8660 km Entfernung.

Volkswirtschaft und Handel.

Die Steigerung der Großhandelspreise.

Unter dem Eindruck der fortwährenden Wertverminderung hat sich das Niveau der Großhandelspreise nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes in der Woche vom 4. bis 11. September um 286 % auf 11 513 291 Taler des Reichsmarkes gehoben.

Die Reichsindexziffer.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Verdichtung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes für den 10. September auf 651 046.

Der Goldmarkenpreis des Reichsbanknotens.

Der Goldmarkenpreis des Reichsbanknotens vom 12. September betrug 503 682 000 M. für das Zwanzigmarkenstück.

Reformforderungen an der Börse.

In der gestrigen Rede machte sich eine so außerordentlich große Verknappung des Materials fühlbar, daß eine große Anzahl von Variablen nur zum Einheitswert notiert werden konnte.

Gesetzpolitik für die Zechen.

Anlässlich der parlamentarischen Beratungen haben die beiden wichtigsten Rohstoffindustrien, die Kohlen- und die Stahlindustrie, vertreten durch den Reichshandelsrat und den Großen Ausschuss des Reichstages, dem Reichstag einen Entwurf eines Gesetzes über die Zechen vorgelegt.

Zehnjährige und Privatbank.

Die Kommission für Devisenregulierung hat von allen Seiten Anfragen, in welcher Weise ausländische Zahlungsmittel, die sich in Privatbanknoten befinden, dem Reiches eingezahlt werden können.

Die Zehnjährige und Privatbank.

In der Anmeldung muß von jedem Edelmetall getrennt Gesamtgewicht und Durchschnittseingehalt angegeben werden. Falls der Feingehalt nicht genau bekannt ist, muß er geschätzt werden.

Die Zehnjährige und Privatbank.

Die Zehnjährige und Privatbank.

Die Zehnjährige und Privatbank. Die Zehnjährige und Privatbank. Die Zehnjährige und Privatbank.

Die Zehnjährige und Privatbank.

Die Zehnjährige und Privatbank. Die Zehnjährige und Privatbank. Die Zehnjährige und Privatbank.

Die Zehnjährige und Privatbank.

Die Zehnjährige und Privatbank. Die Zehnjährige und Privatbank. Die Zehnjährige und Privatbank.

Dresdner Kurse vom 12. September.

Table with columns for Deutsche Staatspapiere, Reichsbanknoten, and various bonds.

Verstorbene Aktien.

Table listing deceased stocks and their values.

Städt. Anleihen.

Table listing municipal bonds and their values.

Reichsbanknoten.

Table listing Reichsbanknotes and their values.

Wir führen Wissen.